

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch
Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde
Band: 47 (1927)

Artikel: Fürsprechertum und Advokatur im Kanton Zürich vor 1798
Autor: Bauhofer, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-985678>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



fürsprechertum und Advokatur im Kanton Zürich vor 1798.^{1) 2)}

Von Dr. Arthur Bauhöfer, Rechtsanwalt, Aler.

Noch heute tragen in verschiedenen Schweizerkantonen die Rechtsanwälte den Namen Fürsprecher. Es ist ein altherwürdiger Name, die Bezeichnung eines Institutes, dessen Wurzeln in urgermanische Zeit zurückreichen. Denn man hat wohl mit Recht angenommen, daß der Fürsprecher oder Vorsprecher (so lautet der Name außerhalb Alamanniens) aus dem Asegen oder Rechtsweiser der ältesten Zeit hervorgegangen ist.³⁾

Dem Begriffe nach freilich deckt sich der heutige „Fürsprech“ nicht mit demjenigen der älteren Zeit. Der Anwalt von heute ist Stellvertreter seiner Partei, die er durch seine in ihrem Namen und an ihrer Stelle abgegebenen Erklärungen unmittelbar bindet. Der Fürsprech im mittelalterlichen Sinne dagegen ist nicht Stellvertreter,

¹⁾ Nach einem am 18. Dez. 1925 in der Antiquarischen Gesellschaft Zürich gehaltenen Vortrage. Vgl. Referat in der „Neuen Zürcher Zeitung“ Nr. 33 vom 8. Jan. 1926.

²⁾ Literatur: A. Im allgemeinen: Weißler, Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Leipzig 1905. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II (1892) 349 ff. Brunner, Forschungen zur Geschichte des deutschen und französischen Rechts (Stuttgart 1894), 357 ff., 389 ff. Nießche, De prolocutoribus, Leipzig 1831. — B. Für Zürich: Zürcher, Zur Geschichte der Advokatur im Kanton Zürich, Festgabe für den Schweiz. Juristenverein 1908, 47 ff. Derselbe, Schweiz. Anwaltsrecht (1920), 1 ff. Denzler, Beschreibung aller alten Bräuche des gerichts zu greiffensee, in Schaubergs Beiträgen zur Kunde und Fortbildung der zürch. Rechtspflege III (1843) 278 ff. David v. Wß, Politisches Handbuch (1796), 147/8. Meyer v. Nonau, Der Kanton Zürich (1846), II 345/6. Buntzli, Staats- und Rechtsgeschichte (2. A. 1856), I 205 ff., 400. Osenbrüggen, Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte (1868), 280 ff.

³⁾ Weißler, 16 ff.

sondern lediglich der *Mund*, das *Sprachorgan* der neben ihm anwesenden Partei. Stellvertretung ist im mittelalterlichen Prozesse nur ganz ausnahmsweise zulässig, z. B. bei Krankheit, Landesabwesenheit einer Partei. Kommt solche Stellvertretung im einzelnen Falle vor, so kann auch der Stellvertreter seine Sache durch einen Fürsprecher vorbringen lassen. Immer aber muß neben dem Fürsprecher seine Partei oder deren Stellvertreter anwesend sein. Warum, das werden wir im Verlaufe unserer weiteren Ausführungen zu zeigen haben.

Unser ganz besonderes Interesse weckt aber nun die praktische Organisation des mittelalterlichen Fürsprechertums. Der Fürsprecher wurde nämlich in frühester Zeit ausschließlich, im spätern Mittelalter wenigstens sehr häufig, der Gerichtsversammlung bzw. dem Urteilerkollegium entnommen, war also Richter und Wortführer einer Partei in einer Person.⁴⁾ Und gerade in dieser, unseren heutigen Anschauungen so sehr widersprechenden Ausgestaltung hat sich das Fürsprechertum bei uns in Zürich bis tief in die Neuzeit hinein erhalten.

Fürsprecher im bezeichneten Sinne gab es wohl schon zur Zeit der Volksrechte, jener Gesetze, die sich die deutschen Stämme nach der Völkerwanderung gaben. Sicher bezeugt sind die Fürsprecher für die fränkische Zeit; der deutsche Name „*furisprecho*“ begegnet uns im 8. Jahrhundert,⁵⁾ und einige gegen trölerhaftes und unfaires Prozeßfieren gerichtete Stellen karolingischer Kapitularien dürften wenigstens teilweise auf die Fürsprecher gemünzt gewesen sein.⁶⁾

Erschöpfenden Aufschluß über die Stellung und Aufgabe der Fürsprecher geben uns die deutschen Rechtsquellen des spätern Mittelalters. Den folgenden Ausführungen liegen vor allem die beiden bekanntesten Rechtsbücher, der *Sachsen-* und der *Schwabenspiegel* zugrunde, von denen der letztere ja auch bei uns hohes Ansehen ge-

⁴⁾ In meinem Vortrage vor der Antiquarischen Gesellschaft habe ich diese Funktionenkumulation noch als Begriffsmerkmal des Fürsprechers aufgefaßt, was ich mit Rücksicht z. B. auf Schwabensp. RM. 76 § 5 und die im spätern Mittelalter bezeugten berufsmäßigen Fürsprecher, die ihr Auftreten nicht auf das Gericht ihres eigenen Sprengels beschränkten, nicht aufrecht erhalten kann.

⁵⁾ *Weißler*, 25.

⁶⁾ Vergl. *Jeher*, Deutsche RG. 69/70, *Brunner*, DMG. II 353, *Weißler*, 105.

nossen hat.⁷⁾ Als Hauptmotiv für die Verwendung von Fürsprechern tritt uns hier das Bestreben entgegen, die Gefahren, die der damalige formstrenge Prozeß für die rechtsunkundigen Parteien bot, zu beseitigen. Diese Gefahr war groß und mannigfach, denn der kleinste Formfehler konnte Rechtsverlust nach sich ziehen. Bezeichnend hierfür ist, daß das Wort „Gefahr“ sogar ein technischer Ausdruck des mittelalterlichen Prozeßrechtes geworden ist. So groß war diese Gefahr, daß mancherorts geradezu ein Zwang bestand, sich eines Fürsprechers zu bedienen.⁸⁾ Andere Rechtsquellen gehen allerdings nicht so weit, sondern gestatten einem jeden, seine Sache selbst vorzutragen. Aber Sachsen- und Schwabenspiegel weisen warnend darauf hin, daß ein solcher dann auch den Schaden auf sich zu nehmen habe, der ihm durch allfälliges „Mißsprechen“ erwachse.⁹⁾

Es leuchtet ein, daß diese Gefahr des „Mißsprechens“ geringer war, wenn man eine Sache durch einen geschickten und kühl bleibenden Fürsprecher vortragen ließ. Und wenn sich der Fürsprecher selbst versprach, so war damit noch nichts verloren. Denn wir haben ja gesehen, daß der Fürsprecher nicht Stellvertreter, sondern nur das Sprachorgan seiner Partei war. Seine Erklärungen banden daher seine Partei erst, wenn sie von ihr genehmigt worden waren. Aus diesem Grunde mußte eben die Partei oder ihr Stellvertreter stets neben dem Fürsprecher anwesend sein und sein Wort bestätigen.¹⁰⁾ Sie hatte also Gelegenheit, einem fehlerhaften Vortrag ihres Fürsprechers die Genehmigung zu versagen, ihn zu „wandeln“ und ihn durch denselben oder durch einen andern Fürsprecher in verbesserter Auflage wiederholen zu lassen.¹¹⁾ So war das Institut der Fürsprecher geschaffen, wirksamen Schutz gegen die „Gefahr“ des formstrengen Prozesses und darüberhinaus gegen ungeschickte Prozeßführung überhaupt zu bieten.

Der Fürsprecher wurde der darum nachsuchenden Partei vom Vorsitzenden des Gerichtes bestimmt, und zwar ursprünglich aus-

⁷⁾ Sachsenfp. RM. (Weiske) I 59 § 2, 60—62. Schwabenspiegel RM. (Gengler), 72, 76, 78, 79.

⁸⁾ Weißler 32 ff.

⁹⁾ Sachsenfp. RM., 59 § 2, 60, § 1. Schwabensfp. RM., 76, § 2. Fehr, a, a, O., 198. Brunner, Forschungen 389. Schröder, Deutsche RG. (5. N.) 786 ff.

¹⁰⁾ Planck, Das deutsche Gerichtsverfahren im MA. I 194. Brunner, Forschungen 362.

¹¹⁾ Sachsenfp. RM., 60, § 1, 61, § 3, 62, § 7 und 11. Schwabensfp. RM., 76, § 2.

schließlich aus der Mitte der Gerichtsversammlung. Jeder an seinem Rechte unbescholtene Dingpflichtige war fähig und verpflichtet, einen solchen Auftrag anzunehmen: die Fürsprache war ein Teil der allgemeinen Dingpflicht.¹²⁾ Der Partei stand bezüglich der Person des Fürsprechers ein Vorschlagsrecht zu,¹³⁾ das spontan in der Gerichtsverhandlung ausgeübt werden konnte, häufig und in steigendem Maße aber auch dazu führte, daß die Partei schon vor der Gerichtsverhandlung einen Dingpflichtigen um die Fürsprache anging, um ihn dann in der Gerichtsversammlung vom Vorsitzenden als Fürsprecher zu erbitten. Hatte die Instruktion des Fürsprechers nicht in der soeben angedeuteten Weise schon vor der Gerichtsverhandlung stattgefunden, so trat die Partei unmittelbar, nachdem ihr ein Fürsprecher bestimmt worden war, mit demselben zum Zwecke der Instruktionserteilung ab, was während der Verhandlung nötigenfalls wiederholt werden konnte.

Daß der Fürsprecher zugleich Urteiler und Parteifürsprecher sein konnte und ursprünglich sogar sein mußte, war die natürliche Folge der allgemeinen Dingpflicht. Solange diese bestand, war es gar nicht möglich, die Fürsprecher der Parteien außerhalb der in der Gerichtsversammlung anwesenden Dingpflichtigen zu suchen. Die Sache mochte auch insofern unbedenklich sein, als bei der Größe der Versammlung ein ungebührlicher Einfluß der Fürsprecher auf die Urteilsfindung im allgemeinen nicht zu befürchten war, umsoweniger, als nach der Auffassung jener Zeit die Fürsprache eben Bestandteil der Dingpflicht und der Rechtspflege und nicht einseitige Partei- und Interessenvertretung war.

Zu einer eigenartigen und mit unsern heutigen Anschauungen schwer vereinbaren Ausgestaltung des Instituts kam es aber, als sich — wie dies zuerst in den Städten geschah — die Pflicht und zuletzt auch das Recht, als Urteiler im Gerichte zu erscheinen, auf einen engen Kreis ständiger Urteilsfinder konzentrierte. Die hohe Auffassung der ältern Zeit, die im Fürsprecher einen zur Objektivität verpflichteten Gehülfen der Rechtspflege sah, mochte auch jetzt noch nachwirken, aber in der Praxis dürfte sich die Sache doch vielfach weniger ideal gemacht haben. Auch heute bezeichnen wir ja den Anwalt als Gehilfen der Rechtspflege; aber wir haben doch die Erfah-

¹²⁾ Im spätern M. A. war, wie schon erwähnt, das Recht zur Fürsprache nicht überall mehr auf Gerichtsangehörige beschränkt. Vergl. Schwa ben s p., 76, § 5, N i e t z s c h e, a. a. O. 38.

¹³⁾ P l a n k, a. a. O. 197.

rung gemacht, daß auch der durchaus ernsthafte Anwalt bis zu einem gewissen Grade durch die Parteibrille sieht, und daß daher sein Amt mit dem des objektiv sein sollenden Richters unvereinbar ist. Diese Einsicht hat schon im späteren Mittelalter mancherorts zur Trennung des Fürsprecheramtes vom Richteramte geführt.¹⁴⁾ Gerade in Zürich war dies aber, wie wir noch sehen werden, nie der Fall.

Daß man aber noch im spätern Mittelalter, wenigstens in der Theorie, eine sehr hohe Meinung vom Fürsprecheramte hegte, geht aus einigen Stellen des Schwabenspiegels hervor, deren Hauptinhalt wir zum Schlusse dieses allgemeinen Ueberblickes kurz wiedergeben wollen.

Im 71. Kapitel des Landrechtes handelt der Schwabenspiegel vom Richter und verlangt von ihm die vier „Kardinaltugenden“: Gerechtigkeit, Weisheit, Stärke und Maß. Nicht geringer sind die Anforderungen an den Fürsprecher, denn: „allez, daz an den rihtern sol sin, daz selbe sol allensamt ouch an den fürsprechen sin“ sagt Schwabenspiegel, Landrecht 72, § 1.

Besonders interessant ist auch, daß sich der Schwabenspiegel mit zwei Problemen auseinandersetzt, welche als die Berufsprobleme der Anwaltschaft schlechthin zu gelten haben:

Der Fürsprecher soll, sagt Landrecht 72, § 2, nur eine gerechte Sache führen; für den zu sprechen, der Unrecht hat, soll er sich weigern. Allerdings, wenn er vom Richter als Fürsprecher ernannt wird, so muß er wohl oder übel auch in einem solchen Falle das Wort sprechen. Das ist zwar, sagt der Verfasser des Rechtsbuches, nicht Recht, aber es ist Gewohnheit. Wer das Wort dessen spricht, der Unrecht hat, kann kaum verhüten, daß er gegen Gott handelt. Und hilft er dem, der Unrecht hat, mit seiner Kunst, so ist das wider Gott. Er soll daher den Richter bitten, ihn der Fürsprache zu entheben. Wird ihm nicht willfahrt, so soll er „niht anders sprechen, wan alse im iener seit oder alse er von andern liuten höret“. Mit andern Worten: Wenn der Fürsprecher in einer von ihm als ungerecht erachteten Sache vom Richter zur Fürsprache genötigt wird, so soll er sich auf die bloße Wiedergabe seiner Instruktion beschränken, er soll sich aber davor hüten, durch Aufbietung seiner ganzen Kunstfertigkeit der ungerechten Sache zum Siege zu verhelfen.

Das zweite Problem, mit dem sich der Schwabenspiegel, Landrecht 72, § 5 und 6, auseinandersetzt, ist das heute so genannte An-

¹⁴⁾ Schauberg, Gerichtsbuch der Stadt Zürich von 1553, S. 13/14 Note 9.

waltsgeheimnis. Es wird der Fall gesetzt, daß ein Fürsprecher von einer Partei vor der Gerichtsverhandlung bereits privatim erbeten und instruiert worden ist, und daß dann in der Verhandlung gerade dieser Fürsprecher von der Gegenpartei erbeten wird. In einem solchen Falle soll der Fürsprecher dem Richter eröffnen, daß ihm bereits die andere Partei ihre „heimelich“, ihr Geheimnis, anvertraut habe, und die Partei hat dies auf Verlangen des Richters zu beschwören. Darauf enthebt der Richter den Fürsprecher der Fürsprache für die Gegenpartei und gebietet ihm die Fürsprache für den, „der ihm sine heimelich gesaget hat“. Damit und mit dem Umstande, daß der Fürsprecher wenigstens ursprünglich nicht für die Durchführung des Prozesses als solchen, sondern nur für den einzelnen Gerichtstag bestellt wurde, hängt die weitere Bestimmung zusammen, daß der Fürsprech, der an einem Gerichtstag für eine Partei gesprochen hat, in einer allfälligen spätern Verhandlung über die gleiche Sache nicht für die Gegenpartei auftreten soll. In der Praxis dürfte sich die Sache wohl recht bald so gestaltet haben, daß dann, wenn ein Prozeß nicht in einem Termin erledigt werden konnte, in spätern Terminen von der Partei nach Möglichkeit wieder derselbe Fürsprech erbeten und ihr vom Richter bewilligt wurde, der das erstemal für sie gesprochen hatte.

II.

Wenden wir uns nach diesem allgemeinen Ueberblicke, der wegen des engen Zusammenhanges der schweizerischen bezw. zürcherischen mit der deutschen Rechtsgeschichte notwendig war, den speziell zürcherischen Verhältnissen zu, über die allerdings erst die Quellen des 14. und der folgenden Jahrhunderte reichlicheren Aufschluß gewähren.

Daß die Fürsprache Bestandteil der Rechtspflege, der Gerichtspflicht ist, finden wir in unsern zürcherischen Rechtsquellen schon rein äußerlich dadurch bestätigt, daß das Wort Fürsprech durchwegs synonym mit Urteiler (Richter im heutigen Sinne) gebraucht wird. Fürsprecher bedeutet nach dem Sprachgebrauche der in den Zürcher Stadtbüchern enthaltenen Gerichtsordnungen, des Gerichtsbuches von 1553, der Offnungen, Amts- und Herrschaftsrechte den Urteiler, das Gerichtsmitglied, während das Wort Richter ursprünglich den Vorsitzenden bezeichnet und erst später auch in derselben Bedeutung

wie Fürsprecher vorkommt.¹⁵⁾ Und als Aufgabe dieser Fürsprecher wird in zahlreichen Stellen der Stadtbücher *Fürsprache und Urteilen* genannt.¹⁶⁾ So sehr gehören diese beiden Dinge zusammen, daß sie sich auch in ein und demselben Falle nicht ausschließen: der Fürsprecher kehrt nach Beendigung seines Vortrages ins Gericht zurück und nimmt an der Urteilsfindung teil, ja die beiden Fürsprecher stellen in der Regel sogar als erste ihre Anträge.¹⁷⁾

Ein fernerer Beweis für den engen Zusammenhang von Fürsprache und Rechtspflege ist in der Befugnis der Parteien und ihrer Fürsprecher zu erblicken, sich mit weiteren Mitgliedern des Gerichtes zu beraten, eine Erscheinung, die übrigens ebenso alt und ebenso verbreitet ist wie die Fürsprache selbst.¹⁸⁾ Auch in diesem Vorgange sah man nicht eine unzulässige Beeinflussung der betreffenden Richter,

¹⁵⁾ Da der Sprachgebrauch im spätern Mittelalter zu schwanken anfang, finden wir gelegentlich Definitionen der Ausdrücke Richter und Fürsprecher, so z. B. in Art. 3 des Wädenswiler Herrschaftsrechtes von 1593: „Es söllend jerlichen zehen richter, das ist Fürsprechen oder urtheilsprecher genommen werden, also das iren, ohn den richter (womit dieses Mal der Vorsitzende gemeint ist) und weihel zehen überal sygen.“ So auch das Regensdorfer Amtsrecht von 1603, Art. 5: Richter oder fürsprachen. Vgl. auch *Stutz*, Höngger Meiergerichtsurteile des 16. und 17. Jahrhunderts, S. 8 Note 28 und 29, ferner das Register f. v. Fürsprecher und Richter. Unrichtig *Osenbrüggen* a. a. O. 286.

¹⁶⁾ Vgl. z. B. *Zürcher Stadtbücher* (herausgegeben v. Zeller-Werdmüller) III, 157 Note 2: für das Vogt- und Schultheißgericht werden je für ein halbes Jahr acht Fürsprecher bestellt, damit sie „biderben luten ir red tühent . . und um die sachen, so für sy komet und an söliche gericht gehören, urteil sprechint.“

¹⁷⁾ Vgl. z. B. Gerichtsbuch von 1553 (*Schauberg* S. 13): „so der parthhygen fürsprechen . . wider zu gricht synt; Das dann der Schultheiß die fürsprechen der ordnung und altem bruch nach umb die urteilen . . fragen.“ . . . Elgger Herrschaftsrecht von 1535, Art. 39 § 2: „Und so die säch zum Rechten und des gerichts erkantnus gesetzt wirdt, so soll deß herren vogt daruff des klegers fürsprechen offennlich umb die urteil . . anfragen.“ Vgl. auch *Stutz*, Meiergerichtsurteile, S. 10 und dort Note 17. Ein umfangreiches Beispiel für die Antragstellung der Fürsprecher im Blutgericht gewährt u. a. die Landtagsordnung für das Freiamt aus dem 15. Jahrhundert (*St. A. Z.*), wozu zu vergl. *Wuntschli*, *St. u. RG.* I, 207.

¹⁸⁾ Vgl. z. B. *Brunner*, *Forschungen* 353 über die Konsulenten im altfranzösischen Prozeß.

sondern eine der objektiven Rechtsfindung dienende Institution. Noch das Elgger Herrschaftsrecht von 1535 bringt diese Auffassung zum Ausdruck, wenn es in Art. 34, § 4, die Aufgabe der Fürsprecher und Ratgeber wie folgt umschreibt:

„derselbig Rat und fürsprech söllend die partie von unrechtem zu dem Rechten wyssen, damit niemands inn gevarlich Recht ingeführt werde.“

Immerhin wurde auch dieses Recht, sich mit Mitgliedern des Gerichts zu beraten, mißbraucht. Es kam vor, daß die Parteien das ganze Gericht „an ihren Rat“ nahmen, was einige Amts- und Herrschaftsrechte zu einem ausdrücklichen Verbote dieses Anfugs veranlaßte.¹⁹⁾

Es scheint überhaupt zu Zeiten ein großes Bedürfnis geherrscht zu haben, sich durch mehrfache Berbeiständigung in allen möglichen Formen nach allen Seiten zu schützen, eine Erscheinung, die ursprünglich wohl ihren Grund in der schon erwähnten „Gefahr“ des Prozesses hatte, sich aber auch später, als der Formalismus, namentlich in der Schweiz, zweifellos nicht mehr so groß war, nicht so schnell verlor. Nach der Landtagsordnung für das Freiamt aus dem 15. Jahrhundert kann sich der Fürsprech und seine Freundschaft selbst wieder verfürsprechen, welchen speziellen Fall Bluntschli als ein Ueberbleibsel aus der Zeit der Fehde und Blutrache auffaßt²⁰⁾. Anderseits wurde häufig das Institut der Vormundschaft zum Zwecke der Prozeßvertretung mißbraucht. Art. 24 des Anonaueramtsrechtes und Art. 77 des Regensberger Herrschaftsrechtes verbieten daher übereinstimmend dieses ununterschiedliche Sichbevormundenlassen vor Gericht, mit der Begründung, daß „damit anheng unnd parthyen worden und großer cost ufferwachsen“ und erlauben die gerichtliche Vertretung einer Person vor Gericht nur noch, wenn ein rechtsgültiger Grund dafür vorliegt²¹⁾.

Der Kreis der zur Fürsprache befähigten Personen fiel auch bei uns mit dem zur Teilnahme am Gericht Verpflichteten oder

¹⁹⁾ Anonauer Amtsrecht 32 § 2, Elgger Herrschaftsrecht 34 § 4.

²⁰⁾ a. a. O. I 205.

²¹⁾ Rechtsvergleichend sei erwähnt, daß die Berner Stadtsatzung von 1539 (3. f. Schweiz. Recht 20, Rechtsquellen S. 3 ff.) in Art. 24 die Zahl der vor Gericht erlaubten „Beiständer“ wie folgt abstuft: bei Geldschuld keiner, bei zeitlich Gut, Erb und Eigen 2, wenn es an Leib und Ehre geht „sobil jedes notdurfft erborderet“.

Berechtigten zusammen. Zur Zeit der allgemeinen Gerichtspflicht konnte und mußte also jeder im Gericht erscheinende Dingpflichtige Fürsprache tun.

In der Stadt hat bekanntlich der Bürgermeister Brun eine ständige Besetzung des Schultheißengerichtes eingeführt²²⁾. Damit konzentrierte sich nicht nur die Pflicht, im Gerichte zu erscheinen, sondern auch die Pflicht zur Fürsprache auf diese ständigen Gerichtsmitglieder, die nun auch vorzugsweise und im engeren Sinne Fürsprecher heißen.

Die ständige Besetzung des Gerichtes schloß aber zunächst weitere Bürger, die freiwillig im Gericht erscheinen wollten, von der Teilnahme nicht aus. Nach wie vor konnte — so wenigstens noch im 14. und vielleicht auch noch zu Anfang des 15. Jahrhunderts — neben den ständigen Richtern jeder andere „ehrbare Bürger“ am Ring als Urteiler erscheinen, womit dann naturgemäß auch die Pflicht zur Fürsprache gegeben war. Als Belegstelle sei unter mehreren genannt die Gerichtsordnung aus den Jahren 1350—60²³⁾, laut welcher die zur Beaufsichtigung des Gerichtes abgeordneten Beisitzer befugt sind, einem „jeflichen fürsprechen oder sus eim erbern burger, der an dem ring stat“ zu „gebieten unß ein mark, dz si der lütten red tueijen und urtelen für den rat vergen“.

Von der anderwärts nicht seltenen Pflicht der Parteien, sich verfürsprechen zu lassen, ist bei uns im 14. Jahrhundert nicht die Rede; gegenteils wird es ausdrücklich ins Belieben der Partei gestellt, ob sie einen Fürsprecher nehmen will oder nicht²⁴⁾. Sich eines Fürsprechers zu bedienen, war aber so sehr die Regel, daß mit der Zeit wenigstens vor dem Stadtgericht geradezu eine Pflicht daraus

²²⁾ Brunßche Gerichtsordnung in Stadtb. I, 232 Nr. 24, Art. 1, Erneuerung derselben vom 19. II. 1397 daselbst, S. 234.

²³⁾ Vgl. Stadtb. I 183 Nr. 371, Art. 1; 232 Nr. 24 Art. 1; *Bluntschli*, St. u. RG. I 400 ff.; v. *Whß*, Abhandl. zur Gesch. des schweiz. öffentl. Rechts 457. — Dafür, daß das Recht eines jeden Bürgers, neben den ständigen Richtern am Gerichte zu erscheinen, bis ins 15. Jahrhundert hinein sich erhielt, spricht vielleicht der Umstand, daß die Gerichtsordnung Stadtb. I 232 Nr. 24, welche noch deutlich auf dieses Recht hinweist, am 19. II. 1397 unverändert erneuert wurde (vgl. oben Note ²²⁾). Immerhin wird man sich nicht vorstellen dürfen, daß von diesem Rechte sehr häufig Gebrauch gemacht wurde. Vgl. unten S. 146/7.

²⁴⁾ Stadtb. I, 232 Nr. 24, Art. IV: „Wer ouch vor gricht ze klagen hat, so sol man dem kleger ie des ersten ein fürsprechen geben, ob er sin gerot und dar nach dem angesprochen ouch ein fürsprechen, ob er sin gert.“



Gerichtssitzung im Freien.

wurde. So bestimmt z. B. ein mit der Fürsprache sich befassender Ratsbeschluß vom 21. April 1591, „daß vor gericht dhein parthhg selbs reden solle, es habe dann einer myner herren der kleinen Reth vorm gericht zuo schaffen, und begere, ihn sach selbst dar zethuond“.

Die Fürsprache war, als Teil der Rechtspflege und der Gerichtspflicht, ursprünglich zweifellos unentgeltlich, und sie hätte es, dieser ihrer Stellung in der Gerichtsorganisation entsprechend, in dem Sinne bleiben müssen, daß der Fürsprecher keine individuelle Bezahlung hätte beanspruchen dürfen. Indessen galt im spätern Mittelalter die Entgeltlichkeit der Fürsprache vielerorts nicht als anstößig. In Zürich aber behielt, wie wir noch näher ausführen werden, die Unentgeltlichkeit nach einigem Schwanken den Sieg. Nur das kommt vor, daß die Partei, die einen Fürsprecher begehrt, dem Gerichte als solchem eine bescheidene Extragebühr zu bezahlen hat²⁵⁾.

In der bisher geschilderten Gestalt hat sich das Fürsprecheramt, auch nachdem neben ihm längst ein berufsmäßiger Advokatenstand aufgekommen war, sowohl in der Stadt als auch auf der Landschaft bis zum Jahre 1798 erhalten. Für die Landschaft geht dies u. a. hervor aus einer anschaulichen und ergötzlichen Schilderung der Gerichtsgebräuche der Herrschaft Greifensee, die uns der im 18. Jahrhundert lebende Untervogt Denzler hinterlassen hat²⁶⁾; für die Stadt ist zu verweisen auf Teil I, § 7 des Stadt- und Landrechts von 1715²⁷⁾ und auf § 9 der Satz und Ordnungen vom 4. Februar 1716, welcher lautet:

„Weilen einem Burger und Landmann von altem her frey stehet, vor dem Stadt-Gericht seine Anligenheit selbst ohne einen Redner vorzutragen, angesehen ein jeder seinen Vorsprech bekommt, als hat es darbey fernerhin sein Bewenden.“

²⁵⁾ Andelfinger Herrschaftsrecht von 1534, Art. 4.

²⁶⁾ Vgl. Note 1. Von gleicher Anschaulichkeit wie die Denzlersche Beschreibung ist eine aus dem 1. Viertel des 18. Jahrh. stammende Gerichtsordnung des Bürgergerichts zu Regensburg, auf die mich Herr Dr. J. Winkler in Derlison in freundlicher Weise aufmerksam gemacht hat. Sie befindet sich jetzt im St. A. Z. Vgl. ferner die Bemerkungen über die Grafschaft Rhburg von Joh. Kasp. Escher (Landvogt zu R. 1717—23) im Arch. f. Schweiz. Gesch. V 381: „Es ist bräuchig, daß jede Partei einen Fürsprech nimmt, wie vor dem Stadtgericht zu Zürich.“

²⁷⁾ Darnach soll der Gerichtsvorsitzende nicht zu einem Fürsprech genommen werden dürfen.

Die Helvetik hat mit der alten Gerichtsorganisation auch das Fürsprecherwesen beseitigt. In der Mediationszeit hat es jedoch in dem Bagatellprozesse vor Zunftgericht, wo die Advokaten ausgeschlossen waren, und im Strafprozesse eine interessante, wenn auch nur sehr verkümmerte Auferstehung erlebt²⁸⁾, um dann erst durch die Gesetzgebung der Regeneration für immer zum Verschwinden gebracht zu werden.

III.

Die Fürsprache, wie wir sie im Vorstehenden kennen gelernt haben, müssen wir uns in ihrem Ursprunge durchaus als eine gelegentlich und ehrenamtlich ausgeübte vorstellen. Sie trug aber den Keim zur berufsmäßigen Ausübung in sich. Denn das Recht der Parteien, dem Richter für ihren Fürsprecher einen Vorschlag zu machen, konnte sich natürlich sehr leicht dahin auswirken, daß einzelne als besonders geschickt bekannte Leute immer wieder zu Fürsprechern begehrt wurden. Für die Stadt Zürich kann man vielleicht die Vermutung aussprechen, daß es nicht selten ständige Urteiler waren, die auch außerhalb ihrer halbjährlichen Amtsdauer wegen der in derselben bewiesenen Geschicklichkeit um Fürsprache angegangen wurden und nun infolge eines außergerichtlich erhaltenen Partei-auftrages von dem Rechte Gebrauch machten, als gewöhnliche ehrbare Bürger am Ring zu erscheinen, um dort Fürsprache zu tun und am Urteil teilzunehmen. Das gleiche Recht stand, wie schon früher ausgeführt, noch längere Zeit überhaupt jedem ehrbaren Bürger, der nie ständiger Urteiler gewesen war, zu. Man wird jedoch nicht fehlgehen in der Annahme, daß sich der gewöhnliche Bürger neben den ständigen Gerichtsbesitzern bald als überflüssig vorkam und daher den Gerichtssitzungen fernblieb, wenn er nicht durch einen bestimmten Grund zur Teilnahme bewogen wurde. Von dem Rechte, am

²⁸⁾ Gesetz betr. die Organisation der Friedensrichter und Zunftgerichte vom 3. Juni 1803 (Off. Sammlg. I S. 54) B 10 und 11: eine Partei, die nicht imstande ist, ihre Sache selbst mit genügender Deutlichkeit vorzutragen, kann sich einen beliebigen Zunfttrichter als Fürsprecher erbitten, und dieser ist zur Annahme des Mandates verpflichtet. — Hiezu ein Zirkularschreiben betr. die Verförsprechung der Parteien vor den Zunftgerichten vom 6. XII. 1804, O. S. III 349. — Nach der „Gesetzlichen Vorschrift über die Criminalprozeßform“ vom 16. XII. 1803, O. S. I 176, ist der Angeklagte berechtigt, einen Verteidiger aus der Mitte des Gerichtes oder außer demselben zu nehmen.

Gericht teilzunehmen, mochte daher hauptsächlich noch von solchen Gebrauch gemacht werden, die einen Auftrag zur Fürsprache erhalten hatten. Und beim einen oder andern dieser Gerichtsbesucher mochte es dann aus Freude an der forensischen Betätigung oder infolge bewiesener Gewandtheit dazu kommen, daß er anfang, solche Aufträge zur Fürsprache berufsmäßig entgegenzunehmen. In der That fehlt es denn auch nicht an schlüssigen Zeugnissen für eine solche berufsmäßige Fürsprechertätigkeit²⁹⁾.

Auf eine solche Entwicklung ist aber auch vor allem zu schließen aus dem Umstande, daß von einem bestimmten Zeitpunkte an die Frage der *B e z a h l u n g* der Fürsprache akut wird. Wenn es für die ständigen Urteiler des Stadtgerichtes selbstverständlich war, daß sie für die kraft ihres Amtes geleistete Fürsprache keine Miete noch Gabe nehmen durften, denn der Stadt Lohn³⁰⁾, so ist es andererseits durchaus begreiflich, wenn die infolge eines erhaltenen Parteiauftrages freiwillig vor Gericht erscheinenden Fürsprecher für ihre mehr berufsmäßige Tätigkeit bezahlt sein wollten.

Die Obrigkeit stand dieser Frage zunächst unentschieden gegenüber. Am 8. Oktober 1332 wird zum erstenmal das Miet- und Gabennehmen ausdrücklich verboten³¹⁾. Aber man zweifelte offenbar selbst noch an der Durchführbarkeit des Verbotes, denn die Gültigkeit desselben wurde vorläufig auf ein Jahr beschränkt. 1335 wurde jedoch das Verbot für weitere fünf Jahre bestätigt³²⁾. 1348 tritt

²⁹⁾ Am 22. Juni 1377 wird Hermann von Ueberlingen verboten, während 3 Jahren an ein Gericht in der Stadt zu gehen, um jemandes Rede zu tun oder mit seiner Hand einem Urteil zu folgen, „da er erber lüt an ünfern gerichtē dīf und vil mit sinen unendlichen tedingen und unredlichen sachen irte“ (Stadtb. I 257 Nr. 56), eine Klage, die nur auf einen gewerbsmäßigen Fürsprecher gehen kann. — Als am 19. II. 1397 die Brunische Gerichtsordnung erneuert wurde (oben Note 22), schwuren am selben Tage 12 namentlich aufgeführte Männer, keinen Lohn noch Miete zu nehmen „umb ein urteil noch red, die sie dien luten vor dem schultheizen oder an dem (gericht) under Wasserfilchen hinnanhin tund“. Da es sich bei den Schwörenden nicht um die ständigen Beisitzer des Schultheizen- und des Vogtgerichtes handelt, aber doch ein besonderer Grund dafür bestehen muß, daß gerade sie diesen Eid leisten, ist anzunehmen, daß diese Leute eben solche waren, die die Fürsprache mehr oder weniger gewerbsmäßig betrieben. Vgl. auch Stadtb. II 359 Nr. 175.

³⁰⁾ Vgl. Eid der Fürsprecher, Stadtb. III 157 Nr. 54, 158 Nr. 56.

³¹⁾ Stadtb. I 55 Nr. 139b.

³²⁾ Stadtb. I 125 Nr. 269.

ein Umschwung ein, indem die in diesem Jahre erlassene Gerichtsverordnung für das Schultheißengericht³³⁾ nur noch das Mietnehmen von beiden Parteien (zwifalt mite) verbietet und ausdrücklich beifügt, wer einen Fürsprecher haben wolle, möge mit ihm „übereinkommen“. In der Brunschen Gerichtsordnung aus den Jahren 1336—60 endlich finden wir das Mietnehmen wiederum gänzlich verboten³⁴⁾, und am 19. Februar 1397 wird diese ganze Gerichtsordnung und damit auch das Verbot des Mietnehmens erneuert³⁵⁾. Dabei ist es geblieben, das zürcherische Recht hat nach den Schwankungen einer Uebergangszeit den Amtscharakter und die Unentgeltlichkeit der Fürsprache beibehalten. Gewiß mochte es auch in Zürich Fürsprecher geben, die — wie es in Niklaus Manuels Totentanz geschieht — zum Tode sprechen mußten:

Nangem tat ich mit fliß sin wort;
So ich von großen gaben hort',
Do fond ich bald die Urteil schriben,
Der bitter tod wil mir's iez intriben^{35a)}.

Aber Uebertretungen eines Verbotes ändern nichts an seiner Gültigkeit.

IV.

Damit war die Entwicklung eines berufsmäßigen Fürsprecherstandes unterbunden. Denn es ist klar, daß sich niemand mehr berufsmäßig der Fürsprache widmete, wenn er keine Bezahlung annehmen durfte. Das zweifellos vorhandene Bedürfnis nach einem berufsmäßigen Anwaltsstande mußte daher auf anderm Wege befriedigt werden. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. finden wir denn in der Tat in Zürich neben den fortbestehenden Richter-Fürsprechern Anwälte im heutigen Sinne des Wortes, die *R a t s r e d n e r*, *R a t s p r o k u r a t o r e n* oder kurzweg *R e d n e r* und *P r o k u r a t o r e n* genannt werden. Wir haben sie nicht als die Nachfolger der alten Fürsprecher zu betrachten, die ja in der Form der zur Fürsprache verpflichteten ständigen Richter bis 1798 weiterbestehen. Sie sind im Gegensatz zu den Fürsprechern nicht Gerichtsmitglieder und waren ursprünglich, wie schon ihr Name sagt, nur vor dem

³³⁾ Stadtb. I 172 Nr. 357 Art. IV.

³⁴⁾ Stadtb. I 232 Nr. 24.

³⁵⁾ Stadtb. I 234.

^{35a)} Freundliche Nachweisung von Hrn. Prof. C. Ermatinger.

Räte zugelassen, gerade nicht aber vor den untern Gerichten, die die vorzugsweise Domäne der Fürsprecher waren. Die Ratsredner waren nicht mehr nur das Sprachorgan der Partei in der Gerichtsverhandlung, sondern führten das übernommene Mandat als wirkliche Stellvertreter ihrer Klienten durch. Man wird annehmen dürfen, daß sie unter dem Einfluß des römischen und kanonischen Rechts aufgekommen sind; der Name *Prokurator*, das Vorbild der *Prokuratoren* an den geistlichen Gerichten³⁶⁾ und der Zeitpunkt des ersten Auftretens unserer Ratsredner wären Anhaltspunkte dafür.

Schon frühe scheint für diese Anwälte ein *numerus clausus* aufgestellt worden zu sein. An die Kandidaten wurden bestimmte Anforderungen gestellt, im 18. Jahrhundert ein eigentliches Examen verlangt. Ihnen stand das ausschließliche Privilegium für die Ausübung der Advokatur zu. Im einzelnen ist die Entwicklung folgende:

In den Ratsmanualen werden die Ratsredner erstmals erwähnt im Jahre 1490, indem Montag nach Jakobi beschlossen wird, die Ratsredner zu bescheidenem und züchtiglichem Reden zu ermahnen! Ungefähr ums Jahr 1500 — nach dem Datum der vor- und nachgehenden Erlasse zu schließen — begegnet uns die erste Tagordnung für die Ratsredner³⁷⁾, veranlaßt durch Klagen darüber, daß dieselben ihren Klienten mehr abnähmen, als „seit altem“ hergekommen sei. Demnach müssen die Ratsredner im Laufe des 15. Jahrhunderts, längere Zeit vor ihrer ersten Erwähnung im Ratsmanual des Jahres 1490, aufgekommen sein. Eine Bestätigung hiefür finden wir in der Tat in einem Eintrag im Steuerbuch des Jahres 1467, das einen *Prokurator* Hans Has aufführt³⁸⁾.

Wie der Name beweist, war das ursprüngliche Tätigkeitsfeld der Ratsredner die Verbeiständung der Parteien vor dem Räte. Dann erweiterten sie ihre Domäne durch das 1525 geschaffene Ehegericht und eroberten zuletzt auch das Stadtgericht. Auf dieses allmähliche Eindringen der Ratsredner ins Stadtgericht ist wohl ein ins Gerichtsbuch von 1553 aufgenommener Ratsbeschluß vom 29. November 1550 zu beziehen, worin gesagt wird, daß den „Ratsrednern

³⁶⁾ Von solchen ist die Rede in einem Ratsbeschlusse vom 20. IV. 1401, Stadtb. I 341 Nr. 172.

³⁷⁾ Stadtb. III 248 Nr. 177.

³⁸⁾ St. N. Z., B III 290, S. 242, eine Stelle, auf die ich durch W. Schnyder, Die Bevölkerung der Stadt und Landschaft Zürich vom 14.—17. Jahrhundert, Diss. Zürich 1925, S. 28, aufmerksam geworden bin.

am gericht keins wegs Inn das recht (wie sy nützlich angefangen) zuo reden, Sonnders das den fürsprechen zustan“ solle^{38a)}. Noch im 17. Jahrhundert wurde den Ratsrednern das Auftreten vor dem Stadtgericht wiederholt verboten. Anlaß dazu gaben u. a. Kollisionen zwischen den Verhandlungsterminen des Rates und des Stadtgerichtes, die zur Folge hatten, daß die Ratsredner, weil auf dem Gerichtshaus beschäftigt, die gnädigen Herren gelegentlich auf sich warten ließen. Der Rat beschloß daher am 13. Juni 1649, daß die Ratsredner den alten Ordnungen gemäß nur noch auf dem Rats- u. Ehegerichtshaus „abwarten“ dürften, daß ihnen aber das Stadtgericht verschlossen sein solle; die Parteien könnten sich vor dem Stadtgericht wie von altem her durch einen Beisäßen des Gerichtes verfürsprechen lassen³⁹⁾. In den folgenden Jahren, 1650 und 1651, wurde dieser Beschluß jeweils erneuert. Aber schon 1656 haben die Redner den Kampf um das Stadtgericht gewonnen, denn in diesem Jahre wird ihnen eine Tage für das Auftreten vor Stadtgericht vorgeschrieben. Seither wurde den Ratsrednern das Stadtgericht nicht mehr ernstlich streitig gemacht. 1659 wurden allerdings Stadt- und Ehegericht nochmals aufgefordert, einen Antrag darüber einzubringen, ob nicht den Ratsrednern das Auftreten vor diesen Instanzen zu verbieten sei. Bei diesem Drohfinger blieb es aber, und 1675 wurde das Monopol der Ratsredner für die berufsmäßige Verbeiständung ausdrücklich auf das Stadtgericht ausgedehnt, während alle sonstigen „Beiständereien“ als abgeschafft erklärt wurden. So blieb es dann bis 1798⁴⁰⁾. In ähnlicher Weise haben die Ratsredner mit der Zeit das alleinige Recht, vor den Gerichten der Land- und Obervögte aufzutreten, erlangt.

^{38a)} Die Stelle könnte freilich auch dahin aufgefaßt werden, daß sich die Redner nicht in die Beratung einmischen sollen.

³⁹⁾ Darüber und über das Folgende vergl. die Zusammenstellung der Ratserkenntnisse im Promptuarium Meher (St. A. Z.) f. v. Ratsredner. Zwei derselben, von 1649 und 1651, auch gedruckt bei Schauberg, Gerichtsbuch S. 143.

⁴⁰⁾ Vgl. Stadt- und Landrecht von 1715, Teil IV §§ 15 ff. und den oben im Text wiedergegebenen § 9 der Satz und Ordnungen vom Jahre 1716, welche letztere Stelle Zürcher, Geschichte der Advokatur S. 54, unrichtigerweise dahin auslegt, als enthalte sie ein Verbot des Auftretens der Ratsredner vor dem Stadtgericht. — Ueber die Ratsredner vor Ehegericht vgl. Ehegerichtsordnung von 1697 (St. A. Z. B III 62, Blatt 62 Rückseite) und von 1719 (St. A. Z. B III 63, fol. 19).

Schon die älteste ausführliche Rednerverordnung von 1544⁴¹⁾ führt einen *numerus clausus* von fünf bis höchstens sechs Ratsrednern ein⁴²⁾. Abgesehen von einigen Schwankungen blieb sechs die Normalzahl bis zur Helvetik. Dieses Kollegium der Ratsredner stand unter der Disziplinargewalt des Rates, der in Rednerordnungen die Rechte und Pflichten der Ratsredner, die von ihnen zu beziehenden Gebühren usw. vorschrieb⁴³⁾. Schon in der Rednerordnung von 1544 wird von den Kandidaten auch verlangt, daß sie „vor meinen Herren eine Probe tun“, d. h. wohl probeweise plädieren. Später, namentlich seit Einführung der Vicentiaten (worüber unten), gesellte sich dazu ein theoretisches Examen.

Die soziale Stellung der Ratsredner war keine glänzende. Einerseits wurden sie allerdings mehr oder weniger als Beamte betrachtet. Wiederholt erhielten z. B. ältere, franke oder unbemittelte Ratsredner eine Pension⁴⁴⁾ oder wurden die Hinterlassenen verstorbener Ratsredner unterstützt⁴⁵⁾. Gerade diese wiederholt vorkommenden Unterstützungen beweisen aber, daß die Advokatur keine großen Reichtümer einbrachte. Auch mit dem Ansehen der Ratsredner stand es

⁴¹⁾ St. A. Z., Akten A 68, 2, Fasz. Ratsredner.

⁴²⁾ Z ü r c h e r, Schweiz. Anwaltsrecht S. 10, sieht eine Bestätigung des ausschließlichen Privilegiums der Ratsredner schon in einem Ratsbeschlusse von 1495, wonach am Donnerstag der Ofterwoche etliche Leute, die für andere geredet hätten, „ausgestellt“ worden seien. Es handelt sich jedoch um einen Irrtum Zürchers, veranlaßt wohl durch ein allzu kurzes und daher mißverständliches Regest im Prompt. Meyer f. v. Redner. Das entsprechende Regest f. v. Ausstand und der Originaleintrag im Ratsmanual von 1491 zeigen: a) daß der Beschluß vom Jahre 1491, nicht 1495 ist, b) daß er von der Ausstandspflicht solcher Mitglieder des Großen Rates handelt, die in einer an den Großen Rat gezogenen Streitsache vor dem kleinen Rat für eine Partei Rede getan haben. Diese Stelle könnte daher viel eher zum Beweis dafür angerufen werden, daß damals, 1491, ein ausschließliches Privilegium der Ratsredner noch nicht bestand.

⁴³⁾ Die direkte Aufsicht wurde später von einer sog. Ehrenkommission ausgeübt, von der in den Akten A 68, 2, wiederholt die Rede ist. Sie war mit der Prüfungskommission identisch (David v. Wß a. a. O.).

⁴⁴⁾ So z. B. am 11. II. 1695 und am 20. IV. 1696 der Prokurator Huber, wobei bestimmt wurde, daß diese Gnade ohne Einfluß sein solle auf die Ratsprokuratorenstelle, die Bunftfähigkeit und die Ehre des Bedachten.

⁴⁵⁾ 1731 erhalten die Hinterlassenen des Prokurators Wirz eine „Verehrung“.

nicht zum besten. Schon der erste Ratsbeschluß, der ihrer gedenkt, vom Jahre 1490, ermahnt sie zur Bescheidenheit. In der Rednerordnung von 1544 werden die Redner ermahnt, „unnützes Geschwätz, Schänckeln und anderes unfügliches Gespensg und Nachinbällen“ bleiben zu lassen, und noch 200 Jahre später, in der Rednerordnung von 1731, stoßen wir auf folgende gefälzene Auslassung:

„Und alsdann eine Zeit her man hören müssen, wie daß etliche Redner, vor gefessenem Rath, Stadt- und Ehegericht, wie auch vor denen Verordnungen, die Sachen mit langen Umständen fürtragen; hingegen aber im Abdrucken oder zum Rechten setzen der rechten Gründen zum Theil nicht gedenken, desgleichen mit unnötigem Schänckeln, Schmäzen und Schmähen, auch allerhand Speichworten, die Partheyen trazen und mehr verhezen dann Einigkeit anrichten; insbesonder auch, ob sie schon zum Theil berichtet sind, daß zu Zeiten die Sachen faul und der Gegentheil überlanget wird, nichts desto minder sich unterstehen, dieselben mit allerley Verkleinerung des Gegentheils mit Gewalt hindurch zu drucken . . .“

Ein schlechteres Zeugnis für einen ganzen Berufsstand kann man sich kaum denken. Wir haben indes einmal in Betracht zu ziehen, daß diese Rednerordnung aus einer Zeit stammt, in der man sich gerne kräftig und übertrieben ausdrückte. Man kann die obige Stelle in dieser Beziehung als Gegenstück zu den ebenso übertriebenen Bezeugungen der Ehrerbietung und Unterwürfigkeit in zeitgenössischen Briefen und Eingaben an die Behörden betrachten und wird schon aus diesem Grunde die Klagen über die Ratsredner nicht ganz so tragisch nehmen, wie sie sich geben. Ferner aber ist zu bedenken, daß gerade der Anwaltsstand zu allen Zeiten nicht nur berechtigter Kritik, sondern auch offenbaren Vorurteilen des Publikums begegnete. Und dafür, daß die oben angeführte Stelle aus der Rednerordnung von 1731 zum Teil wenigstens auf solcher Tradition beruht, läßt sich sogar der strikte Beweis führen. Obschon man aus dem Eingang unserer Stelle eigentlich schließen müßte, daß sich ihre Klagen auf unerfreuliche Ereignisse der jüngsten Vergangenheit bezögen, ist sie fast hundert Jahre alt, denn sie ist aus einer Rednerordnung des Jahres 1634 unverändert in diejenige des Jahres 1731 hinübergenommen worden! Die Kommission, welche die Rednerordnung des Jahres 1731 vorzubereiten hatte, bemerkte zu der erwähnten Stelle der Rednerordnung von 1634, die ihren Beratungen zu Grunde lag: „Dieser Punkten bleibt nach befinden der Ehren-

Kommission mit seinen empathischen Expressionen“ und brachte damit zum Ausdruck, daß nach ihrem Dafürhalten die Farben immerhin reichlich dick aufgetragen seien⁴⁶⁾.

Bedenklicher als solche wortreichen Ergüsse sind Klagen, in denen die Tatsachen selbst sprechen. Im Jahre 1566 wurde vom Ehegericht darüber Klage geführt, daß sich die Ratsredner nicht nur beim Mittagessen „wyns füllind“, sondern, damit nicht genug, auch noch auf das Ehegerichtshaus Wein kommen ließen oder den Parteien zumuteten, ihnen solchen zu bezahlen; sie saßen dann „in der Küche oder der Enden“ „zwischen den Urteilen“ beisammen und füllten sich dermaßen, daß sie nachher nicht mehr wußten, was sie sagen und daß überhaupt nichts mehr mit ihnen anzufangen sei⁴⁷⁾. Auch wenn man berücksichtigt, daß Unmäßigkeit im Essen und namentlich im Trinken in jener Zeit weit verbreitet war, so wirft es doch zweifellos auf die Pflichtauffassung der Ratsredner ein schlimmes Licht, daß sie nicht einmal unmittelbar vor und während den Gerichtssitzungen ihren Durst bemeistern konnten. Immerhin wird man auch diese Vorkommnisse des Jahres 1566 nicht ohne weiteres verallgemeinern dürfen.

Daß die Klagen unserer Vorfahren über ihre Ratsredner zum großen Teil ihre Berechtigung hatten, wird man auch deshalb ohne weiteres annehmen können, weil es durchschnittlich mit der allgemeinen und Fachausbildung der Ratsredner — trotz der vorgeschriebenen Prüfungen — nicht sehr weit her sein mochte. Wenn wir in den Akten u. a. einen Sammetweber, einen Buchbinder und einen — Totengräber unter den Anwärtern auf die freiwerdenden Prokuratorenstellen finden, so bekommen wir einen etwas merkwürdigen Begriff von der Eignung dieser Männer für die Advokatur und möchten beinahe zu der Ansicht geführt werden, es hätten sich manchmal auch Leute zu diesen Stellen gedrängt, die es vielleicht bei ihrem Leisten zu nichts gebracht hatten. Daß solche Bewerbungen Erfolg haben konnten, ergibt sich u. a. aus einem Verordnetengutachten vom 3. Juli 1791, in welchem bemerkt wird, daß Totengräber Wirz nur „aus Mitleid“ zum Auditorat (einer Art Vorstufe zum Ratsredner, worüber unten noch näheres) zugelassen worden sei.

⁴⁶⁾ Die Rednerordnung von 1634 mit dem Gutachten der Kommission für die Rednerordnung von 1731 in den Akten A 68, 2, eine weitere Abschrift der RO. von 1634 in den Akten A 43, 3.

⁴⁷⁾ Erkenntnis vom 16. III. 1566, St. N. 3., Akten A 6, aufgenommen in die ehegerichtlichen Sitzungen B III 62 (Bl. 25, Rückseite, Nr. 91).

Auf der andern Seite fehlt es nun doch nicht ganz an Beispielen dafür, daß unter den Ratsrednern auch tüchtige und angesehene Leute zu finden waren. So genoß zur Zeit der Reformation der wegen seines ungeschminkten und gewalttätigen Wesens „Kloßescher“ genannte Hans Escher, zeitweise Mitglied des Großen Rates und wiederholt Gesandter und Feldhauptmann, großen Ruf als tüchtiger Advokat⁴⁸⁾. Auf ein gewisses Ansehen einzelner Mitglieder der Advokatenzunft scheint mir auch der Umstand hinzudeuten, daß in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts einzelne Städte und Klöster anfangen, Ratsredner gegen jährliche „Wartegelder“ zu ihren ständigen Anwälten zu ernennen⁴⁹⁾. Allein die Regierung schritt rasch gegen diese Anfänge ein und untersagte in der Rednerordnung von 1731 die Annahme solcher ständiger Prokuratorenstellen und der damit verbundenen Einkünfte als dem Verbote des Pensionnehmens zuwiderlaufend⁵⁰⁾.

Nach alledem wird man sagen können, daß es unter den Ratsrednern wie unter den heutigen Anwälten brave und weniger brave gab, daß aber im allgemeinen ihre Stellung eine etwas gedrückte und ihre Wertschätzung nicht sehr groß war. Eine prinzipielle Bess-

⁴⁸⁾ Vgl. C. Keller = Escher, Geschichte der Familie Escher vom Glas, S. 26 ff., J. Häne, Zürcher Militär und Politik im zweiten Kappelerkriege (Sep. aus Jahrb. f. Schw. Gesch. 38), S. 51, Note 1), 64 Note 2). — Ueber einen Konflikt zwischen Abt und Konvent von Wettingen einerseits und Leutpriester Simon Stumpf in Höngg andererseits, in welchem Escher als „Reder“ der erstern auftritt, vergl. R. Soppeler in Zwingliana 1926 Nr. 1, insbesondere S. 324 ff. — Den Hinweis auf die markige Gestalt des Kloßescher verdanke ich auch an dieser Stelle Herrn Prof. Häne. — Aus späterer Zeit sei erwähnt die bedeutende Wirksamkeit, die der Hauptmann und Ratsredner J. Ulrich Nabholz in den Jahren 1708 ff. im Toggenburgerhandel entwickelte. Vgl. darüber Buntschli und Gottlinger, Geschichte der Republik Zürich III (1856) 464 ff. — Von der minderen Sorte scheint ein Prokurator Römer gewesen zu sein, über den sich in den Ratsmanualen der Jahre 1769 ff. eine Reihe von Beschlüssen disziplinarischer Natur finden.

⁴⁹⁾ Einige solcher Generalvollmachten in den Akten A 68, 2. Z. B. wurde Ratsredner Heinrich Hugo 1727 vom Abte zu Rheinau, 1728 von der Stadt Bremgarten zum ständigen Prokurator bestellt.

⁵⁰⁾ Die Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung geht aus den Akten A 68, 2, hervor. Siehe dort die Protokolle über die mit den Ratsrednern am 13. III. und 12. VI. 1730 veranstalteten Verhöre, sowie den Vorschlag der verordneten Kommission auf Einführung des Verbotes in der neuen Rednerordnung.

rung brachte in dieser wie in so vielen andern Beziehungen eigentlich erst die Regeneration; mit der damals angestrebten und erreichten Ertüchtigung des Anwaltstandes hob sich auch ohne weiteres sein Ansehen und seine soziale Stellung⁵¹⁾.

IV.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erscheinen neben den Ratsrednern als Anwälte zweiten Ranges die sogen. *Licentiaten* oder *Auditoren*. Es zeigte sich damals die Wünschbarkeit, Leuten, welche Rechtsstudien gemacht hatten, die Möglichkeit praktischer Betätigung zu gewähren, eine Möglichkeit, der zunächst das ausschließliche Privilegium der Ratsredner entgegenstand. Auf den Antrag einer zur Prüfung dieses Problems eingesetzten Kommission beschloß der Rat am 24. November 1764 folgendes⁵²⁾:

1. Als Auditor wird zugelassen, wer sich durch Schul- und Kollegenbesuch über den Erwerb gehöriger wissenschaftlicher Kenntnisse ausgewiesen hat (eine Bestimmung, die in der Folge laßgenug gehandhabt wurde, wie sich aus dem oben über Totengräber Wirz Mitgeteilten ergibt).
2. Die Höchstzahl der Auditoren beträgt vier.
3. Die Bewerber haben vor einer Kommission unter dem Vorsitz eines Ratsmitgliedes eine Prüfung abzulegen.
4. Die Auditoren haben kein Vorrecht auf die Besetzung freierwerdender Ratsrednerstellen, anderseits muß aber der Bewerber um eine Ratsrednerstelle das Auditorenexamen ablegen.
5. Die Auditoren können mit Bewilligung der Ober- und Landvögte vor den Gerichten auf der Landschaft auftreten; im übrigen bleibt das Privilegium der Ratsredner aufrechterhalten, und alle andern „Beiständer, Wortführer und Anwälte“ werden (zum so und sovielten Male) als abgeschafft erklärt.

In diesen Bestimmungen begegnen uns also die Anfänge eines eigentlichen Anwaltsexamens. Freilich waren es noch sehr dürftige Anfänge. Eine genaue Umschreibung der Prüfungsfächer bestand nicht. In den noch im Staatsarchiv erhaltenen Examenberichten

⁵¹⁾ Meherv. Ronnau, a. a. O.

⁵²⁾ Unterscheibermanual 1764 II 153 ff. Der bezügliche Kommissionsantrag in den Akten A 68, 2. Einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Auditorates gibt ein Gutachten vom 3. VII. 1791 in Akten A 68, 2.

der Prüfungskommission an den Rat⁵³⁾ begegnen uns als Prüfungsfächer Stadt- und Landrecht, Erbrecht, Prozeßrecht, ja sogar Natur- und Völkerrecht! Im einzelnen mag dies geschwankt haben nach den eigenen Kenntnissen oder Liebhabereien des Stadt- und des Unterschreibers, welche als eigentlich examinierende Mitglieder zusammen mit dem vorsitzenden Ratsmitgliede die Prüfungskommission bildeten.

Die Ratsredner hatten durch die Auditoren oder Licentiaten neue Konkurrenten bekommen. Schon früher hatten sie über wilde „Beiständereien“ beständig zu klagen gehabt⁵⁴⁾; nun kamen noch die Auditoren hinzu, die sich nicht damit begnügten, vor den Gerichten auf dem Lande aufzutreten und gewisse außergerichtliche Angelegenheiten zu besorgen, sondern auch in die privilegierte Sphäre der Ratsredner eingriffen. Auch wurde die Zahl von vier Auditoren im Laufe der Zeit überschritten. Auf eine Bittschrift der Ratsredner hin wurden die Auditoren durch Ratsbeschluß vom 7. Juli 1781 in die ihnen durch das Erkenntnis von 1764 gezogenen Schranken zurückgewiesen⁵⁵⁾, ob mit dauerndem Erfolg, entzieht sich unserer Kenntnis.

Bei diesem Zustande blieb es bis 1798. Während der Helvetik war die Advokatur vollständig freigegeben. In der Mediationszeit knüpfte jedoch Zürich an den Stand vor 1798 wieder an, indem „gestützt auf die mehrjährigen traurigen Erfahrungen“ während der Helvetik neuerdings die Prüfung der Anwälte eingeführt und ihre Zahl auf 20 Prokuratoren und 8 Fürsprecher festgelegt wurde. Die ersteren waren nur zum Auftreten vor den untern Gerichten, die Fürsprecher zum Auftreten vor allen Gerichten befugt. Die Fürsprecher entsprachen also den Ratsrednern oder Prokuratoren der alten Ordnung, die neuen Prokuratoren den früheren Auditoren oder Licentiaten. Die Schilderung dieser eher bekannten und schon wiederholt dargestellten neuesten Entwicklung⁵⁶⁾ ist in dessen nicht mehr unsere Aufgabe.

⁵³⁾ Akten A 68, 2.

⁵⁴⁾ *Promptuarium Meher* f. v. Ratsredner und Beiständereien.

⁵⁵⁾ Bittschrift der Ratsredner vom 29. Mai 1781 in den Akten A 68, 2. Protokolle über die Einvernahme der Auditoren vom 27. Juni 1781 ebenda. Ratserkenntnis vom 7. Juli 1781 im Unterschreibermanual.

⁵⁶⁾ Vgl. die in Note 2) zitierten Schriften von *Zürcher*.

V.

Auch auf dem im vorstehenden betrachteten Spezialgebiete finden wir das allgemeine Verhältnis der schweizerischen zur deutschen Rechtsgeschichte bestätigt, welches sich dadurch charakterisiert, daß die Schweiz, in der das römische Recht nicht rezipiert wurde, die alten deutschen Rechtseinrichtungen viel länger und zäher bewahrt hat als Deutschland selbst. Seit dem Durchdringen der Reception in Deutschland war das schweizerische Recht deutscher als das in Deutschland selbst geltende Recht, und noch heute gilt diese Feststellung für das Verhältnis des schweizerischen Zivilgesetzbuches zum deutschen bürgerlichen Gesetzbuche.

So liegen die Dinge auch beim Fürsprecherwesen und bei der Advokatur. In Deutschland ist der alte Fürsprecher nach dem Eindringen des römischen Rechtes alsbald durch den römisch-rechtlichen Procurator verdrängt worden, und selbst der Name Fürsprecher ist schon längst untergegangen⁵⁷⁾. Ganz anders bei uns. Zwar haben wir oben angenommen, daß die Ratsredner oder Procuratoren auch bei uns unter römisch-rechtlichem Einfluß aufgekomen seien. Aber der wesentliche Unterschied gegenüber der deutschen Entwicklung ist der, daß bei uns der Procurator den alten Richter-Fürsprecher nicht so rasch zu verdrängen vermochte, daß das Fürsprechertum sich vielmehr neben der Advokatur im neuern Sinne bis 1798 und in einigen Rudimenten sogar bis in die 1830er Jahre erhalten hat.

Zur Abbildung.

Die meinem Aufsatze beigegebene Abbildung gibt einen Teil einer Handzeichnung aus der Sammlung Widiana der Zentralbibliothek Zürich (Manuskript Z 30, Fol. 25) wieder. Den Hinweis darauf verdanke ich an dieser Stelle Herrn Dr. C. A. Gehler, Assistenten am Landesmuseum. Unser Bild zeigt eine Gerichtsverhandlung im Freien, draußen vor den Stadtmauern. Es handelt sich, wie ohne weiteres zu erkennen ist, um einen Strafprozeß, und der von einem halben Duzend Schergen umgebene Angeklagte dürfte sich kaum mehr lange des Anblicks der Sonne erfreuen. Ihm gegenüber am rechten Bildrande erkennen wir den Vorsitzenden des Gerichtes auf erhöhtem Sitz mit dem Gerichtsstab in der Hand; ihm zu beiden Seiten, innerhalb der Schranken sitzend, je drei Richter oder Urteilsprecher, vor ihnen an einem Tische der Gerichtsschreiber. Nehmen wir

⁵⁷⁾ Weißler, 162 ff.

an, es handle sich um eine zürcherische Gerichtsszene, so könnte der Angeklagte (oder in einem Zivilprozeß die beiden Parteien) sich aus den sitzenden sechs Urteilsprechern einen Fürsprecher erbitten. Würde sich unsere Abbildung auf das 14. Jahrhundert beziehen, so könnten wir in den außerhalb der Gerichtsschranken stehenden Zuschauern jene „erbern burger“ vermuten, welche damals noch das Recht hatten, neben den ständigen Gerichtsbeisitzern am Ring zu erscheinen, um am Urteil teilzunehmen und für andere Rede zu tun.
